

Dienstag 15. November 2022

Nummer 999

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf



und



App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Energie: eine große Chance für das 21. Jahrhundert

Autor : Jean-Luc Alexandre



In dieser Zeit, in der nach Lösungen gesucht wird, um den Energiewandel erfolgreich zu gestalten und die Unabhängigkeit Europas im Energiebereich insbesondere hinsichtlich der Ressourcen und der Versorgung zu gewährleisten, können neue Nukleartechnologien Europa in die Lage versetzen, die zukünftige Energierevolution anzuführen.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Leitartikel **Wahlen** : Slowenien **Stiftung** : Energie - Neustart **Ukraine/Russland** : Hilfe - Lebensmittelsicherheit - Transport - Litauen - Pässe **Kommission** : Prognose/Wirtschaft - Wirtschaft/Governance - Energie - Fischerei **Parlament** : Energie - Cybersicherheit - Wettbewerb - Umwelt - Schengen/Kroatien **Rat der Europäischen Union** : Klima - Wirtschaft/ Finanzen **Diplomatie** : Cyberverteidigung - Sanktionen/Türkei - Partnerschaft - Rat **Gerichtshof** : Steuern/Wettbewerb **Deutschland** : Frankreich/Parlament **Zypern** : Einheit **Frankreich** : Verteidigung/Strategie - Großbritannien - EU/Kapital - Iran - Immigration **Republik Moldau** : Unterstützung **Europarat** : Ministerkomitee - Belarus **UNO** : COP27 - Bevölkerung **NATO** : Italien **Kultur** : Ausstellung/Breslau - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Paris - Ausstellung/London - Ausstellung/Toledo - Ausstellung/Rom - Festival/Edinburgh - Kino/Mannheim

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Europa schützen



Die Erinnerung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron an die europäische Dimension der französischen nuklearen Abschreckung unterstreicht die Notwendigkeit, eine offene und gründliche europäische Abstimmung über diese Problematik zu führen, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten, schreibt Jean-Dominique Giuliani... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Natasa Pirc Musar wird die erste weibliche Präsidentin der Republik Slowenien



Natasa Pirc Musar wurde am 13. November zur Präsidentin der Republik Slowenien gewählt. In der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen erhielt sie 53,86% der Stimmen. Sie schlug Anze Logar von der Demokratischen Partei (SDS), der 46,14% erhielt. Die 54-jährige Rechtsanwältin ist die erste Frau, die das Amt des slowenischen Präsidenten übernimmt. Sie wird ihr Amt am 23. Dezember antreten... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

Energiekrise, europäische Maßnahmen



Um den steigenden Energiepreisen zu begegnen, haben die Mitgliedstaaten und die Europäische Union Maßnahmen ergriffen. In Deutschland stimmte der Bundestag der Verlängerung des Betriebs von drei Kernkraftwerken bis zum 15. April 2023 zu. In Finnland beschloss die Regierung, die Mehrwertsteuersätze für Energie und Transport zu senken. Die Stiftung bietet Ihnen eine Übersicht, um alles zu verstehen. Sie wird regelmäßig ergänzt und auf den neuesten Stand gebracht... [Fortsetzung](#)

Energiekrise, europäische Maßnahmen



Um auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie zu reagieren, richtete die Europäische Union einen Konjunkturfonds in Höhe von 672,5 Mrd. EUR ein, die sogenannte Fazilität für Erholung und Widerstandsfähigkeit, die den Mitgliedstaaten in Form von Zuschüssen und Darlehen zur Verfügung gestellt werden soll. Am 8. November erhielt Italien eine zweite Auszahlung von 21 Mrd. EUR, nachdem es 45 Ziele erreicht hatte. Am 7. und 10. November genehmigte die Kommission vorläufige Bewertungen für Auszahlungen an Bulgarien und Kroatien. Die Stiftung bietet Ihnen eine interaktive Karte der Länderpläne, auf der Sie sich über die Beträge, Zeitpläne und Prioritäten informieren können... [Fortsetzung](#)

Ukraine/Russland :

Vorschlag für Finanzhilfe von 18 Mrd. € für die Ukraine



Die Kommission schlug am 9. November ein neues Hilfspaket für die Ukraine vor, das sich bis 2023 auf 18 Mrd. € belaufen soll. Die Hilfe soll in Form von "hochkonzessionären" Krediten in monatlichen Tranchen von 1,5 Mrd. € gewährt werden, um die Zahlung von Löhnen und Renten zu gewährleisten und den Betrieb wichtiger öffentlicher Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Schulen und Unterkünfte für Vertriebene aufrechtzuerhalten. Um den kurzfristigen Finanzierungsbedarf zu decken, sollte diese Hilfe von ähnlichen Anstrengungen anderer wichtiger Geber begleitet werden... [Fortsetzung](#)

Solidaritätskorridore zur Stärkung der globalen Ernährungssicherheit



Die Kommission und die an die Ukraine angrenzenden Mitgliedstaaten kündigten am 11. November die Zahlung von 1 Mrd. € an, um den Betrieb der Handelswege zwischen der Ukraine und der EU zu erleichtern. Diese Korridore wurden im Mai eingerichtet, um die Ausfuhr von ukrainischen Agrarprodukten, insbesondere Getreide, und die Einfuhr von Waren, die das Land benötigt, zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Straßenverkehrsabkommen mit der Ukraine und Moldawien



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben am 10. November zwei Abkommen gebilligt, die den grenzüberschreitenden Güterverkehr zwischen der Europäischen Union und der Ukraine und Moldawien erleichtern sollen. Es geht darum, alternative Transitrouten zu Luft- und Seewegen für den Export von Getreidevorräten, Treibstoffen und Lebensmitteln zu gewährleisten. In diesem Sinne beinhaltet ein Abkommen auch die Anerkennung ukrainischer Führerscheine innerhalb des Gebiets der Union... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen zwischen dem ukrainischen Präsidenten und der Präsidentin des litauischen Parlaments



Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj empfing am 11. November die litauische Parlamentspräsidentin Viktorija Čmilytė-Nielsen, die im Rahmen der Sitzung der Parlamentarischen Versammlung der Ukraine und Litauens in Kiew zu Besuch war. Er lobte die militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung Litauens. Sie diskutierten über die europäische Energiekrise und die Idee, dass beschlagnahmte oder eingefrorene russische Gelder zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine verwendet werden sollten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Nichtakzeptanz russischer Pässe, die in der Ukraine und in Georgien ausgestellt wurden



Der Rat und das Parlament einigten sich am 10. November auf den Plan, russische Pässe, die in den besetzten Gebieten der Ukraine und Georgiens ausgestellt wurden, in der Europäischen Union nicht zu

akzeptieren. Die Maßnahme muss von beiden Institutionen formell gebilligt werden...
[Fortsetzung](#)

Kommission :

Wirtschaftsprognose: Wirtschaft an einem Wendepunkt



Die Kommission legte am 11. November ihre Wirtschaftsprognose vor, die eine Rezession im letzten Quartal des Jahres, aber auch ein Wachstum für das Jahr 2022 von 3,3% in der EU und 3,2% in der Eurozone sowie ein Wachstum von nur 0,3% im Jahr 2023 für die EU und die Eurozone voraussagt. Die Europäische Union wird ihren Inflationshöhepunkt voraussichtlich Ende 2022 mit 9,3 % erreichen. Diese Rate wird 2023 voraussichtlich auf 7 % sinken und sich 2024 wieder auf 3 % einpendeln...
[Fortsetzung](#)

Vorschlag für eine Reform der wirtschaftspolitischen Governance



Die Kommission legte am 9. November ihre Vorschläge zur Reform des Rahmens für die wirtschaftspolitische Governance der Europäischen Union vor, mit dem Ziel, diese zu vereinfachen, um die Eigenverantwortung und die Einhaltung der Haushaltsregeln durch die Mitgliedstaaten zu stärken. Man schlägt vor, die Obergrenzen für das öffentliche Defizit bei 3% des BIP und für den Schuldenstand bei 60% des BIP beizubehalten, und regt an, für jeden Mitgliedstaat einen an seine Finanzlage angepassten Haushaltspfad über einen Zeitraum von vier Jahren festzulegen, um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen... [Fortsetzung](#)

Sofortmaßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas



Die Kommission schlug am 9. November vor, eine Verordnung für den Einsatz erneuerbarer Energiequellen zu erlassen, um den Prozess der Unabhängigkeit von russischem Gas zu beschleunigen. In diesem Rahmen würde davon ausgegangen werden, dass Anlagen für erneuerbare Energien von überwiegend öffentlichem Interesse sind. Darüber hinaus beinhaltet sie eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für die Installation von Solarenergieanlagen, die Erteilung von Genehmigungen für Wärmepumpen und die Erneuerung von Kraftwerken... [Fortsetzung](#)

Abkommen über Fischereimanagement und -kontrolle im Mittelmeer



Anlässlich der Jahrestagung der Allgemeinen Kommission für die Fischerei im Mittelmeer (GFCM) am 11. November einigten sich die Europäische Union und die Nachbarländer des Mittelmeers auf die Erstellung von fünf gemeinsamen mehrjährigen Bewirtschaftungsplänen (GFP). Sie soll die Überfischung eindämmen und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Mittelmeerflotten gewährleisten. Darüber hinaus verabschiedete die GFCM 21 Maßnahmen zur Kontrolle der Fischerei, der Aquakultur und zum Schutz empfindlicher Lebensräume sowie die neue GFCM-Strategie 2030, die durch einen jährlichen Zuschuss von 8 Mio. € unterstützt wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Energiemaßnahmen in Resilienzplänen



Die Mitglieder des Europäischen Parlaments gaben am 10. November grünes Licht für die Aufnahme von Energiemaßnahmen, die in REPowerEU vorgesehen sind, in nationale Konjunkturprogramme, um die Unterstützung für gefährdete Haushalte, KMU und Kleinstunternehmen zu verstärken. Die Mitgliedstaaten sollen Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur Erzeugung sauberer Energie und zur Diversifizierung der Versorgungsquellen vorsehen. Darüber hinaus schlugen die Abgeordneten vor, dass 20 Milliarden € der von der Kommission vorgeschlagenen zusätzlichen Subventionen unter Berücksichtigung der Abhängigkeit und der steigenden Ausgaben sowie des Anteils fossiler Brennstoffe am Energieverbrauch jedes Landes verteilt werden sollten. Diese Regeln würden ab dem 1. Februar 2023 gelten... [Fortsetzung](#)

Neue Gesetze zur Cybersicherheit



Die Abgeordneten verabschiedeten am 10. November strengere Standards für die Cybersicherheit von Unternehmen, Behörden und Infrastrukturen. Die neuen Rechtsvorschriften sollen die verschiedenen nationalen Standards harmonisieren und enthalten neue Verpflichtungen in Bezug auf das Risikomanagement, einschließlich der Sicherheit von

Lieferketten, und den Informationsaustausch. Die kritischen Sektoren Energie, Verkehr, Banken, digitale Infrastrukturen, öffentliche Verwaltungen und der Raumfahrtsektor sind nun betroffen. Der Text muss nun vom Rat angenommen werden... [Fortsetzung](#)

Neue Regeln für ausländische Zuschüsse



Um eine Gesetzeslücke zu schließen, haben die Abgeordneten am 10. November ein neues Instrument gebilligt, das sicherstellen soll, dass der Wettbewerb im Binnenmarkt wieder ausgeglichen wird, wenn ausländische Subventionen zu Verzerrungen führen. Die Kommission kann überwachen und Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass direkte Beihilfen von Nicht-EU-Staaten oder Steuervergünstigungen bestimmte Unternehmen bevorzugen... [Fortsetzung](#)

Transparenz der ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Unternehmen



Das Europäische Parlament verabschiedete am 10. November die Richtlinie über die Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsinformationen durch Unternehmen, die diese dazu verpflichtet, regelmäßig Daten über ihre gesellschaftlichen und ökologischen Auswirkungen zu teilen. Im Hinblick auf die Bekämpfung von Greenwashing verlangen die neuen Regeln, dass detailliertere Daten veröffentlicht werden und dass die Informationen unabhängigen Zertifizierungen und Audits unterzogen werden. Der Rat muss den Vorschlag nun annehmen... [Fortsetzung](#)

Abstimmung für den Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments stimmten am 10. November für den Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum und forderten den Rat auf, eine endgültige Entscheidung zu diesem Thema zu treffen. Sie bekräftigten, dass das Land alle Bedingungen für eine Vollmitgliedschaft erfüllt. Sie forderten Kroatien jedoch nachdrücklich auf, die Achtung der Menschenrechte bei der Verwaltung der Außengrenzen zu gewährleisten, und brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, dass in diesem Zusammenhang eine Bewertung durch die Kommission stattfinden sollte... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Einigung auf Ziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen



Das Parlament und der Rat erzielten am 8. November eine vorläufige Einigung über die Verschärfung der Regeln für Treibhausgasemissionen im Rahmen des Gesetzespakets zur Anpassung an Ziel 55 (Fit for 55), insbesondere durch die Anhebung des verbindlichen Reduktionsziels für 2030 von 30% auf 40% im Vergleich zu den Werten von 1990. Um ihre nationalen Ziele zu erreichen, folgen die Mitgliedstaaten einem strengeren Zeitplan, der die Verpflichtung enthält, die jährlich festgelegte Quote nicht zu überschreiten. Die neuen Regeln beschränken außerdem die Möglichkeiten, Emissionszertifikate zu veräußern, zu leihen und zu sparen, und sollen die Transparenz erhöhen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister



Die Finanzminister legten am 8. November ihre Position zur Umsetzung des Basel-III-Abkommens fest, das die Widerstandsfähigkeit, die Aufsicht und das Risikomanagement des Bankensektors stärken soll. Außerdem gaben sie politische Leitlinien zum strukturellen Aspekt der Finanzhilfe für die Ukraine heraus und stimmten dem Ziel der Kommission zu, im Januar 2023 mit den monatlichen Auszahlungen an die Ukraine zu beginnen. Sie einigten sich auf einen überarbeiteten Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung und setzten das Abkommen über die Befreiung von der Visumpflicht mit Vanuatu wegen dessen Politik der goldenen Pässe aus. Sie sprachen unter anderem über die Besteuerung von Lastkraftwagen, Konjunkturfonds und das US-Gesetz zur Senkung der Inflation... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Europäischer Aktionsplan zur Cyberverteidigung

Die Kommission hat am 10. November gemeinsam mit dem Hohen Vertreter ihre neue Politik im Bereich der Cyberverteidigung vorgestellt, die darauf abzielt, die Zusammenarbeit der militärischen und zivilen Cybergemeinschaften zu stärken,



insbesondere als Reaktion auf die jüngsten Cyberangriffe auf Energienetze, Verkehrsinfrastrukturen und Weltraumressourcen. Dazu sollen die Koordinierungsmechanismen auf EU-Ebene gestärkt, das Ökosystem der Verteidigung gesichert sowie die Investitionen und der Dialog in diesem Bereich konsolidiert werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Östliches Mittelmeer: Verlängerung der Sanktionen gegen die Türkei



Der Rat hat am 8. November beschlossen, die Sanktionen gegen türkische Personen und Organisationen wegen unerlaubter Bohrtätigkeiten im östlichen Mittelmeer bis zum 23. November 2023 zu verlängern. Die Sanktionen beinhalten ein Verbot der Einreise in die EU und das Einfrieren der Vermögenswerte der gelisteten Personen... [Fortsetzung](#)

Unterzeichnung internationaler Abkommen



Am Rande der COP27 unterzeichnete die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, am 7. November ein strategisches Abkommen mit Kasachstan über Batterien, erneuerbaren Wasserstoff und Rohstoffversorgung. Am 8. November schloss sie eine strategische Partnerschaft mit Namibia über nachhaltige Rohstoffe und erneuerbaren Wasserstoff. Am selben Tag startete die EU eine Forstpartnerschaft mit Guyana, der Mongolei, der Republik Kongo, Uganda und Sambia, die sich zu Maßnahmen zur Umkehrung des Entwaldungsprozesses verpflichten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Treffen der Außenminister



Die Außenminister befassten sich am 14. November mit der Lage in der Ukraine und sprachen über Lebensmittelsicherheit, individuelle Sanktionen, den Schutz kritischer Infrastrukturen und europäische Militärhilfe. Sie dachten über einen neuen Ansatz der Union in Bezug auf die afrikanische Region der Großen Seen nach und einigten sich darauf, die Arbeit in Bezug auf die Region des westlichen Balkans zu intensivieren, da diese von verschiedenen Krisen heimgesucht wird. Sie sprachen auch über die Lage im Iran und über chemische Waffen. Außerdem verabschiedeten sie Schlussfolgerungen zu Frauen, Frieden und Sicherheit, in denen sie insbesondere an die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter und der Menschenrechte in allen Politikbereichen der Europäischen Union erinnerten... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :

Der Gerichtshof hebt eine Entscheidung der Kommission auf



Der Europäische Gerichtshof hob am 8. November eine Entscheidung der Kommission auf, in der festgestellt wurde, dass eine steuerliche Maßnahme der luxemburgischen Behörden zugunsten eines mit Fiat verbundenen Unternehmens eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare staatliche Beihilfe darstellte. Dem Gerichtshof zufolge hatte die Kommission bei der Ermittlung des in Luxemburg geltenden "normalen" Steuersystems einen Rechtsfehler begangen. Die für Wettbewerb zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, erklärte, dass die Entscheidung wichtige Klarheit über die Anwendung der EU-Beihilfavorschriften bringe und dass die Auswirkungen von der Kommission untersucht werden würden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Treffen der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung



Am 7. November fand in Berlin die Plenarsitzung der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung statt, die von der Präsidentin der Assemblée Nationale, Yaël Braun-Pivet, und der Präsidentin des Bundestages, Bärbel Bas, geleitet wurde. Die Parlamentarier wollen eine Botschaft der Einheit und Solidarität zwischen den beiden Ländern aussenden, die trotz der schwierigen Beziehungen, die manchmal zwischen den beiden Regierungen bestehen, und angesichts der zeitgenössischen Herausforderungen gemeinsam handeln wollen... [Fortsetzung](#)

Zypern :

Ablehnung des Beobachterstatus des Nordteils von Zypern in einer türkischen Organisation

Die Europäische Union lehnte es am 12. November offiziell ab, der abtrünnigen türkisch-zyprischen Entität, der von der Türkei besetzten und international nicht



anerkannten "Türkischen Republik Nordzypern", den Beobachterstatus in der Organisation der Türkischen Staaten zuzuerkennen. Die Europäische Union erkennt nur die Republik Zypern als Völkerrechtssubjekt gemäß den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats an...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Neue französische strategische Übersicht



Der französische Präsident Emmanuel Macron stellte am 9. November die neue strategische Revue Frankreichs vor, die das erhöhte Risiko von Konflikten zwischen Mächten und die technologischen Entwicklungen berücksichtigt. Er betonte, dass "die vitalen Interessen Frankreichs eine europäische Dimension haben" und rief dazu auf, nach dem Krieg in der Ukraine eine neue Sicherheitsarchitektur aufzubauen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Gemeinsame Erklärung mit dem britischen Außenminister



Die französische Außenministerin Catherine Colonna und ihr britischer Amtskollege James Cleverly trafen sich am 11. November in Paris. Sie erinnerten an die Herausforderungen des bilateralen Gipfels, der im nächsten Jahr stattfinden wird. Im Mittelpunkt der Gespräche werden Umwelt-, Energie- und Migrationsfragen stehen. Außerdem bekräftigten sie ihren Willen, die Ukraine weiterhin zu unterstützen, verpflichteten sich zu einer verstärkten Zusammenarbeit zur Unterstützung des Friedens im indopazifischen Raum und verurteilten die Unterdrückung im Iran... [Fortsetzung](#)

Deutsch-französischer Appell für eine Kapitalunion



Am 14. November veröffentlichten der Gouverneur der Banque de France, François Villeroy de Galhau, und der Präsident der Deutschen Bundesbank, Joachim Nagel, einen Gastbeitrag, in dem sie auf die Notwendigkeit hinwiesen, das Projekt der EU-Kapitalmarktunion zu beschleunigen, um die Finanzstabilität zu fördern... [Fortsetzung](#)

Macron empfängt iranische Frauen



Am 11. November empfing der französische Präsident Emmanuel Macron mehrere iranische Dissidentinnen im Elysee-Palast: Masih Alinejad, Ladan Boroumand, Shima Babaie und Roya Pirayi. Es war das erste Treffen zwischen dem Oberhaupt einer Großmacht und iranischen Oppositionspolitikerinnen seit Beginn der Protestbewegung gegen die vom iranischen Regime auferlegten Bedingungen für Frauen... [Fortsetzung](#)

Immigration: Auf dem Weg zu einer notwendigen europäischen Politik



Nach dem Fall des Schiffes Ocean-Viking, das Frankreich am 11. November in Toulon mit seinen 234 Passagieren, von denen 175 im Rahmen der europäischen Solidarität von 11 Mitgliedstaaten übernommen werden, aufgenommen hatte, riefen vier Länder (Italien, Griechenland, Zypern und Malta), die neben Spanien am stärksten von der Ankunft von Migranten betroffen sind, am 12. November die Europäische Union dazu auf, das System zur Steuerung der Migrationsströme zu reformieren. In einer Erklärung am 14. November betonten die Präsidenten Frankreichs und Italiens, Emmanuel Macron und Sergio Mattarella, "die Notwendigkeit, die Bedingungen für eine umfassende Zusammenarbeit in allen Bereichen zu schaffen, sowohl auf bilateraler Ebene als auch innerhalb der Europäischen Union". Am 14. November bestätigten der französische und der britische Innenminister, Gérald Darmanin und Suella Braverman, dass sie im Einklang mit dem internationalen Recht Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen der irregulären Einwanderung, einschließlich der Überquerung des Ärmelkanals, ergreifen würden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Republik Moldau :

Finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union



Die moldauische Präsidentin Maia Sandu empfing am 10. November in Chisinau die Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen. Sie kündigte an, dass die Europäische Union 250 Millionen € bereitstellen wird, um Moldau bei der Deckung seines Bedarfs an Gaslieferungen zu unterstützen. Darüber hinaus werden weitere 50 Millionen € zur Unterstützung der am stärksten gefährdeten Personen bereitgestellt... [Fortsetzung](#)

Europarat :**Island übernimmt den Vorsitz im Ministerkomitee**

Am 9. November endete der irische Vorsitz des Ministerkomitees des Europarates. Die Organisation erinnerte an den Beschluss des Komitees, im Mai 2023 in Reykjavik ein viertes Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs abzuhalten, an die Einrichtung der Kontaktgruppe für Belarus und an die Arbeit an einer gemeinsamen rechtlichen Antwort auf die russische Aggression gegen die Ukraine. Island folgt Irland als Vorsitzender nach... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Erste Sitzung der Kontaktgruppe zu Belarus

Am 7. November fand in Straßburg das erste Treffen der Kontaktgruppe zu Belarus mit der Vertreterin der demokratischen Opposition, Swjatlana Zichanouskaja, statt. Ziel ist es, eine Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den demokratischen Kräften und der Zivilgesellschaft in Belarus aufzubauen, um ihnen das Fachwissen und die Grundwerte der Organisation, wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, zu vermitteln... [Fortsetzung](#)

UNO :**Reden der europäischen Staats- und Regierungschefs auf der COP 27**

Am 7. November sprachen die europäischen Staats- und Regierungschefs auf der COP 27 in Sharm el-Sheikh. Der französische Präsident Emmanuel Macron und der spanische Premierminister Pedro Sanchez forderten die Staaten auf, trotz des Krieges in der Ukraine und der energiepolitischen Bedrohung durch Russland ihre Umweltverpflichtungen fortzusetzen. Der polnische Präsident Andrzej Duda prangerte die durch die russische Invasion verursachten Verzögerungen bei den Zielen der Energiewende an. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sagte, dass es "keine weltweite Renaissance der fossilen Energien geben darf". Der britische Premierminister Rishi Sunak sagte zu, 11,6 Milliarden £ an Klimafinanzierung bereitzustellen und seine Finanzierung für Anpassungsmaßnahmen auf 1,5 Milliarden £ zu verdreifachen. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj betonte die Verbindung zwischen Frieden und Klimaschutz... [Fortsetzung](#)

8 Milliarden Menschen

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) gab bekannt, dass die Weltbevölkerung am 15. November 8 Milliarden Menschen erreichen wird, was vor allem auf das Bevölkerungswachstum in Asien und Afrika zurückzuführen ist. In Europa ist es nun negativ. Indien, mit 177 Millionen zusätzlichen Einwohnern, erlebt das größte Bevölkerungswachstum im Jahr 2023... [Fortsetzung](#)

Andere Links

NATO :**Treffen mit der italienischen Ratspräsidentin**

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg traf am 10. November in Rom mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zusammen, wo er ihr "starkes persönliches Engagement" für das transatlantische Bündnis und die wichtige Rolle Italiens innerhalb der Organisation würdigte. Sie sprachen über die Unterstützung für die Ukraine und die Herausforderungen, die vom Süden ausgehen... [Fortsetzung](#)

Andere Links

Kultur :**Die Spuren des Krieges in der Stadt Charkiw**

Bis zum 30. November ist im Nationalmuseum in Breslau eine Ausstellung mit Fotografien des Fotografen Vasylyy Holosnyy zu sehen, der seit Februar 2022 die Zerstörung der ukrainischen Stadt Charkiw und die von der russischen Armee begangenen Verbrechen dokumentiert... [Fortsetzung](#)

Hommage an Ingeborg Bachmann in Wien

Die Österreichische Nationalbibliothek zeigt bis zum 5. November 2023 eine Ausstellung, die der österreichischen Schriftstellerin und Dichterin Ingeborg Bachmann gewidmet ist. Gezeigt werden Manuskripte, Bücher und Gegenstände aus dem Haus der Autorin... [Fortsetzung](#)



Rosa Bonheur im Musée d'Orsay in Paris



In Paris widmet das Musée d'Orsay Rosa Bonheur anlässlich ihres 200. Geburtstages eine Ausstellung, die bis zum 15. Januar 2023 zu sehen sein wird. Es werden 200 Werke ausgestellt. Rosa Bonheur setzte sich für die Emanzipation der Frau und die Anerkennung von Tieren ein... [Fortsetzung](#)

Weibliche Pioniere der Moderne



Die Royal Academy of Arts in London beherbergt bis zum 12. Februar 2023 eine Ausstellung über die verborgenen Pionierinnen der Moderne des 20. Jahrhunderts: Paula Modersohn-Becker, Käthe Kollwitz, Gabriele Münter und Marianne Werefkin. 65 Werke werden gezeigt, die verschiedene Themen darstellen: Stillleben, Kindheit, Landschaften und den weiblichen Körper... [Fortsetzung](#)

José de Ribera in Toledo



Das Museo del Greco in Toledo widmet José de Ribera bis zum 19. Februar 2023 eine Ausstellung. Sie wird in Partnerschaft mit dem Museum der Schönen Künste Budapest organisiert... [Fortsetzung](#)

Pier Paolo Pasolini in Rom



Das MAXXI Museum in Rom widmet die Ausstellung "Tutto è santo. Il corpo politico" (Alles ist heilig. Der politische Körper) dem italienischen Autor und Regisseur Pier Paolo Pasolini bis zum 12. März 2023 anlässlich seines hundertsten Geburtstags... [Fortsetzung](#)

Scots Fiddle Festival in Edinburgh



Das Scots Fiddle Festival, Schottlands renommiertes Fiddle-Festival, findet vom 18. bis 20. November in der Stadt Edinburgh statt und feiert die traditionelle schottische Musik mit Konzerten, Vorträgen und Workshops, die von Musikern geleitet werden... [Fortsetzung](#)

Filmfestival Mannheim-Heidelberg



Die 71. Ausgabe des Internationalen Filmfestivals Mannheim-Heidelberg findet vom 17. bis 27. November statt und zeigt neue Produktionen, die noch nie anderswo konkurriert haben, wo große Namen des Kinos neben jungen Regisseuren stehen... [Fortsetzung](#)

Agenda :



14. November 2022
Brüssel
Rat für Auswärtige Angelegenheiten



15. November 2022
Brüssel
Rat Verteidigung, Kooperationsrat EU-Kirgisistan



15. bis 16. November 2022
Bali
G20 Gipfel

18
Nov

18. November 2022
Brüssel
Rat Allgemeine Angelegenheiten

21
Nov

21. November 2022
Brüssel
Rat Landwirtschaft und Fischerei

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Micol Cattana, Eléna Roux, Amandine Guérin

Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)